

Erzgebirgischer Volksfreund

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. k. d. l. Behörden in Schneeberg, Adolph, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johannisgericht.

Verlag G. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Vertriebsstellen: Aue 51 und 52, Adolph (Klein Aue) 440, Schwarzenberg 10, Schwarzenberg 551, Grünhain: Volkshaus Schwarzenberg.

Angelogen - Anzeigen für die am Samstag erscheinende Nummer bis nachmittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gebühr für die Nachnahme der Beiträge am vorletzten Tag kann an letzterem Tage nicht mehr erhoben, auch nicht für die Nachnahme der Beiträge am Samstag. — Für Rückgabe von eingeleiteten Beiträgen übernimmt die Geschäftsleitung keine Verantwortung. — Umgehungen der Geschäftsleitung gegenüber dem Verlag sind nicht erlaubd. Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Adolph, Schneeberg und Schwarzenberg.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Der Preis für die 24 mm breite Colonat-Engpasszeile im Einzelheft beträgt 20 (Familienanzeigen und Einzelhefte 15), auswärts 25, für die 30 mm breite Colonat-Engpasszeile 30, auswärts 35, für die 36 mm breite Colonat-Engpasszeile 40, auswärts 45, für die 42 mm breite Colonat-Engpasszeile 50, auswärts 55, für die 48 mm breite Colonat-Engpasszeile 60, auswärts 65. Verlags-Adresse: Leipzig Nr. 12225. Geschäfts-Adresse: Aue, Erzgeb. Nr. 28.

Nr. 258. Donnerstag, den 5. November 1925. 78. Jahrg.

Das Tischtuch zerschnitten?

Ein Beschluß des Kumpfkabinetts und seiner Parteiführer.

Berlin, 3. Nov. Ueber die heutige Parteiführerbesprechung beim Reichskanzler wird folgender Bericht ausgegeben: Heute fand unter Vorsitz des Reichskanzlers sowie unter Teilnahme der Reichsminister Dr. Brauns, Stülpnagel und Dr. Stresemann eine Aussprache mit den Vertretern der in der Regierung durch Vertrauensmänner vertretenen Parteien statt. An der Aussprache nahmen teil von der Zentrumspartei die Abg. Fehrenbach, Marx und Stegerwald, von der Deutschen Volkspartei die Abg. Scholz, Dr. Curtius und Kumpfes, von der Bayerischen Volkspartei der Abg. Lecht. Die eingehenden Erörterungen ergaben eine allgemeine Uebereinstimmung in der Beurteilung der politischen Lage. Die Vertreter der Parteien waren mit der Reichsregierung darüber einig, daß die Schaffung der Grundlage für die endgültige Entscheidung über das Werk von Locarno die beherrschende Frage der Gesamtpolitik ist, hinter der alle anderen Fragen zurückzutreten haben. Die Vertreter der Parteien billigten die infolge des Austritts der deutschnationalen Minister getroffenen Maßnahmen zur Weiterführung der Regierung. Es herrschte allgemein Uebereinstimmung darüber, daß die deutschnationale Partei, deren vorläufiges Verhalten um des deutschen Gesamtinteresses willen nachdrücklich mißbilligt wurde, sich von der weiteren Teilnahme an der Regierung selbst ausgeschlossen hat. Die Vertreter der Parteien gaben ferner der Auffassung Ausdruck, daß eine Einberufung des Reichstages im Laufe des Monats November erst möglich ist, wenn ein erschöpfender Tatbestand in bezug auf das Werk von Locarno und seine Rückwirkungen den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet werden kann.

Die Aussprache der im Kabinett verbliebenen Minister mit den Vertrauensmännern ihrer Parteien hat zunächst das Ergebnis gehabt, daß die Versuche der Linksoption, schon jetzt eine Neubildung der Regierung oder Neuwahlen mit der Parole für oder gegen Locarno herbeizuführen, vorläufig gescheitert sind. Besonders haben sich vermuthlich die Deutsche und die Bayerische Volkspartei gegen diese Maßnahmen gewendet. Der Kanzler hat durchgesetzt, daß ihm zunächst eine Frist bis Ende dieses Monats bleibt, in welcher die Frage zu klären ist, ob das Ergebnis der Verhandlungen über die Rückwirkungen eine Unterzeichnung des Vertrages von Locarno zuläßt.

Inwieweit sind die Beschlüsse durchaus zu billigen. Nicht verständig dagegen ist das, was die offiziöse Veröffentlichung über das Verhältnis des Kumpfkabinetts zu den Deutschnationalen verlauten läßt. Die nachdrückliche Mißbilligung des vorläufigen Verhaltens der Deutschnationalen Partei schon war überflüssig, denn sie trägt eine Schärfe in die Lage, die ganz überflüssig ist. Wenn weiter beschlossen worden ist, daß sich die Deutschnationalen von der weiteren Teilnahme an der Regierung selbst ausgeschlossen hätten, so ist dies ebenso vorläufig, wie es die Haltung dieser Partei war, als sie aus der Regierung austrat. Es kann hierdurch die Auffassung entstehen, als ob das Tischtuch zwischen der größten nationalen Partei des Reichstages und ihren bisherigen Koalitionsgenossen zerschnitten worden wäre.

Bisher kann noch kein Urteil über die Vorgänge gefällt werden, die dem unferes Erachtens verhängnisvollen Entschluß der Deutschnationalen vorausgegangen sind. Die Meinungen gehen auseinander und in den Hauptpunkten steht Aussage gegen Aussage. Ehe man einen Trennungstich zog, hätte man mindestens eine Klärung der Meinungsverschiedenheiten abwarten sollen. Welche Umstände vorlagen, sich in dieser Hinsicht zu einer Ueberstürzung verleiten zu lassen, ist nicht bekannt. Bekannt ist nur, daß in allen Parteien der bisherigen Regierungskoalition die Ansicht vorherrscht, daß eine Unterschrift der Verträge von Locarno nur dann in Frage kommen kann, wenn die Erfüllung der sog. Rückwirkungen von den Vertragsgegnern durchgeführt oder mindestens sichergestellt ist. Das ist auf allen Seiten oft genug zum Ausdruck gekommen. Erst jetzt wieder hat die Deutsche Volkspartei in der Pfalz eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

daß die vorgesehenen Rückwirkungen für das besetzte Gebiet bis zum ersten Dezember in Erscheinung treten müssen. Nur unter dieser Voraussetzung dürfte der Vertrag von Locarno unterzeichnet werden.

Und die rheinländische Deutsche Volkspartei hat am Montag zum Ausdruck gebracht, sie könne sich nicht mit leeren Versprechungen begnügen. Sie müsse, ehe sie ihre Entschlüsse fasse, positive Erklärungen von der Gegenseite erhalten. Ein Endurteil über Locarno könne erst dann abgegeben werden, wenn die Rückwirkungen sichtbar wären.

Bevor keine Klärung der Lage in dieser Hinsicht stattgefunden hat, dürfte ein Endurteil über das Verhalten der Deutschnationalen von dem Kumpfkabinetts und den Parteiführern nicht abgegeben werden. Wenn diese wirklich — was wir noch nicht glauben können — die Absicht hatten, das Tischtuch zwischen sich und den Deutschnationalen zu zerschneiden, so kann man ihnen gegenüber nur den Vorwurf wiederholen, den Dr. Stresemann kürzlich mehrmals aussprach: „Die Deutschen sind kein politisches Volk.“

Die oben erwähnten pfälzischen Parteiführer haben an Hindenburg ein Telegramm geschickt, in dem es heißt:

„Die Deutsche Volkspartei als stärkste bürgerliche Partei der besetzten Pfalz empfindet es in dieser schweren Zeit als besonders günstige Schicksalsfügung, daß Ew. Erzellenz an der Spitze des Deutschen Reiches stehen. Wir hoffen, daß es Ew. Erzellenz gelingen wird, die zerrissene Einheitsfront des Deutschen Reiches wiederherzustellen.“

Dieser Wunsch ist derjenige aller Deutschen, die es ernst mit dem Wohle des Vaterlandes meinen. Wir hoffen, daß sich alle nationalen Parteien auf dieser Basis einigen werden, und daß Voreiligkeiten, die eine Vertiefung der Vertiefung zur Folge haben müssen, in Zukunft vermieden werden.

Pressestimmen.

Berlin, 4. Nov. Zu der Aussprache des Reichskanzlers mit den Führern der in der Regierung vertretenen Parteien bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“, die über die Besprechung ausgegebene Veröffentlichung bestätige die Auffassung des Blattes, daß es vorläufig nicht zu einer Umbildung der Reichsregierung kommen werde. An der großen Koalition hätten der Kanzler und die Volkspartei offensichtlich so wenig Geschmack gewonnen, daß sie lieber erst mal die Entwicklung der nächsten Wochen abwarten, ehe sie der Grundfrage der Regierungsbildung näher treten. — Die „Tägl. Rundschau“ betont die volle Uebereinstimmung in der Regierungskoalition nach dem Ausscheiden der Deutschnationalen und nennt dieses Ergebnis der Konferenz besonders erfreulich. Weiter bezeichnet es das Blatt als bemerkenswert, daß die Führer der Regierungsparteien sich auch in der Mißbilligung des deutschnationalen Vorgehens einig sind, indem sie den Deutschnationalen bescheinigen, daß sie sich von der weiteren Teilnahme an der Koalition selbst ausgeschlossen haben. — Wie die „Germania“ mitteilt, ist auch die gestrige Vorstandssitzung des Zentrums der Meinung gewesen, daß sich die Deutschnationalen wie es in der Veröffentlichung über die Besprechung mit den Parteiführern heißt, von der Weiterleitung an der Regierung tatsächlich ausgeschlossen haben. Das Blatt erwartet, daß die heutige Vollerversammlung der Zentrumsfraktion dieser Meinung beitreten werde und bemerkt dann weiter, daß diese Abneigung feststehe und nicht nur für die nächsten Wochen bis zur Unterzeichnung des Vertrages von Locarno in London gelte. — Das „Berliner Tagebl.“ sieht die Bedeutung der Darstellung der gestrigen Besprechung in der entscheidenden Stellungnahme der Regierungsparteien gegen das Verhalten der Deutschnationalen, deren Flucht vor der Verantwortung einmütig verurteilt und als vorläufig gekennzeichnet werde. — Auch die „Voss. Ztg.“ bezeichnet die Feststellung der Regierungsfähigkeit der Deutschnationalen als das einzige positive Ergebnis der gestrigen Besprechungen. Wie das Blatt weiter meldet, werden der gestrigen Aussprache interfraktionelle Verhandlungen zwischen Zentrum, Deutscher Volkspartei und Bayerischer Volkspartei folgen, in denen die Möglichkeit eines politischen und wirtschaftlichen Programms für eine Mehrheit von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie geprüft und gefunden werden soll. — Der „Vorwärts“ teilt mit, daß die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom Reichskanzler Dr. Luther für heute abend 8 Uhr zu einer Besprechung über die politische Lage in die Reichskanzlei gebeten worden sind.

Amtliche Anzeigen.

Anstelle des auf seinen Antrag vom Amte als Mitglied des Bezirksrates entbundenen Fabrikbesizers Hier in Bielefeld ist als Ersatzmann der Fleischbeschauer **Emil Reicherting** in Bielefeld benannt worden.

Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, den 2. November 1925.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Schwarzenberg am Freitag, dem 6. Nov. 1925, abends 7 Uhr, im Zeichenaal der 1. Bürgerhalle (1. Obergesch.). Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Besuch des Stadts. Lehrer Schaefer um Entbindung vom Stadtvorstandesamte. 3. Erweiterung der Wittlichenschaft beim Landwirtschaftlichen Kreditverein Sachsen und Aufwertung des Darlehens dieses Vereins auf dem Mittergutgrundstück. 4. Vergleich mit der Sächs. Elektrizitätslieferungsaktiengesellschaft über die Strompreise und die Abänderung des Konzeptionsvertrages betr. 5. Wählzettel einer Kraftfahrzeugversicherung für die Motorfahrzeuge und einer Kraftfahrzeugversicherung für die Feuerwehrfahrzeuge. 6. Genehmigung des Räumungsplanes und Bewilligung zweier Jahresüberschüssen hierfür. 7. Nichtigprechung der Sparfassenrechnung auf das Rechnungsjahr 1924. 8. Bewilligung eines Beitrages zur Jepselin-Erdener-Spende. 9. Wiederwahl des Bürgermeisters. Hierauf nichtöffentliche Sitzung. Schwarzenberg, am 3. Nov. 1925. (gez.) Dr. Friße, bez. Vors.

Eine Entschließung der Vaterländischen Verbände.

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände nahmen in einer stark besuchten Vertreterversammlung am Dienstag zu dem bisher vorliegenden Ergebnis von Locarno Stellung. Den Vorsitz führte General a. D. von der Goltz.

Der deutschnationale Abgeordnete Quack führte in einer Rede u. a. aus:

„Realpolitisch gesehen, ist Locarno ein Windei, insofern es von ungeheurer Bedeutung, weil es das Aufleben der nationalen Hoffnungen Deutschlands bedeuten würde. Reichskanzler Dr. Luthers Eintritt für Locarno steht und fällt mit seiner Hoffnung, daß in Locarno wirklich ein neuer Geist in die europäische Politik eingezogen sei. Wenn ich mich geirrt habe und wenn die Loyalität der Gegner wirklich so sichtbar in die Erscheinung tritt, wie Dr. Luther es hofft, so bin ich der Erste, der dazu rät, Locarno zu unterschreiben. Aber wir wollen erst den klaren Beweis sehen. Es ist falsch, wenn behauptet wird, das Kabinett habe sich mit Locarno einverstanden erklärt. Das ist nie geschehen, auch nicht durch das Kumpfkabinetts, oder gar durch den Reichspräsidenten. Der Kanzler selbst ist ja nicht sicher, ob Locarno angenommen werden kann, da er seine stölkten Voraussetzungen gestellt hat. Die Lösung der Krise ist nur auf zwei Wegen möglich: entweder Dr. Luthers Hoffnungen bewahrheiten sich, dann werden wir alle von rechts und links Locarno annehmen. Oder aber diese Hoffnungen treffen nicht ein, dann tritt der Kanzler zurück und der Reichspräsident muß entscheiden. Wenn bei einer Befragung des Volkes gegen uns entschieden wird, so ist eine jahrelange Linksregierung zu erwarten. Wir richten uns auf diesen Kampf ein, ohne Rücksicht auf einen Vorteil oder Nachteil.“

Es wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Wir lehnen den Vertrag von Locarno als eine freiwillige Anerkennung des Diktats von Versailles ab. Unannehmbar ist für uns der Verzicht auf deutsches Land und Volk, unannehmbar der Eintritt in den Völkerverbund. Locarno ist uns Preisgabe deutscher Zukunft und Freiheit, Vergewaltigung der kommenden Geschlechter und politische Selbstpreisgabe. Wir rufen auf zur Errichtung einer geschlossenen nationalen Front gegen die Verewigung von Versailles und für deutsche Ehre und Zukunft.“

Die deutschnationale Fraktionsführung.

Berlin, 3. Nov. Die deutschnationale Reichstagsfraktion, die um 11 Uhr vormittags ihre Sitzung begonnen hatte, tagte ununterbrochen bis 2 1/2 Uhr. Nach einer einständigen Mittagspause wurden die Beratungen fortgesetzt. Die Sitzung war außerordentlich stark besucht. Sie galt in erster Linie der Vorbereitung des für den 15. und 16. November anberaumten Parteitag.

Auch Dänemark will einen Schiedsvertrag.

Kopenhagen, 3. Nov. In seiner heute im Volksting gehaltenen Rede erklärte der Außenminister Graf Raiffe: Das Bestreben gehe dahin, eine internationale gemeinschaftliche Ordnung zu treffen, die viel weiter gehe, als es im Völkerverbunde erreicht sei. Deutschland habe Dänemark bereits vor längerer Zeit mitgeteilt, daß es bereit sei, ein derartiges Uebereinkommen mit Dänemark abzuschließen. Die dänische Regierung habe im Vorfrommer in Berlin wissen lassen, daß sie zu Verhandlungen über einen Schiedsvertrag bereit sei. Es sei beabsichtigt, diese Verhandlungen in Berlin stattfinden zu lassen.